

Sperling, Ingeborg

Article — Digitized Version

## Konjunktur-Schlaglicht: Arbeitsmarktpolitik verliert an Bedeutung

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Sperling, Ingeborg (2000) : Konjunktur-Schlaglicht: Arbeitsmarktpolitik verliert an Bedeutung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 80, Iss. 8, pp. 509-510

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/40572>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Konjunkturschlaglicht: Arbeitsmarktpolitik verliert an Bedeutung

Mit der Erholung der Konjunktur haben Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik an Bedeutung verloren. Seit Mitte letzten Jahres ist die Zahl der an solchen Maßnahmen teilnehmenden Personen um fast rund 170000 auf 1,4 Mill. gesunken. Der Rückgang erstreckte sich vorrangig auf Struktur Anpassungsmaßnahmen (SAM) in privaten Unternehmen, auf Kurzarbeit und auf das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (JUMP). Bei den anderen Maßnahmen – im wesentlichen Förderung der beruflichen Fortbildung, Eingliederungszuschüsse, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Überbrückungsgeld für Existenzgründer, Altersteilzeit, Maßnahmen der sogenannten Freien Förderung – ging die Zahl der Geförderten insgesamt deutlich weniger zurück.

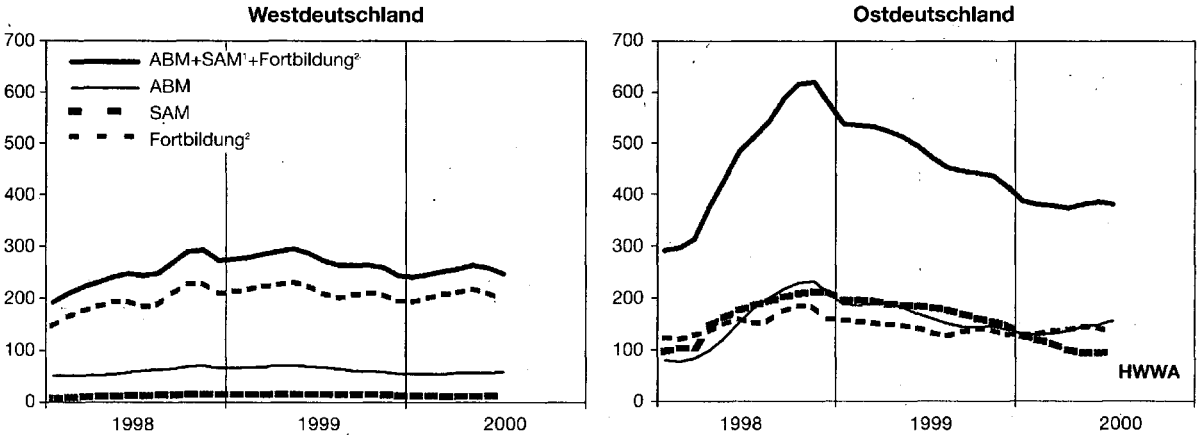
Zu der Abnahme der Teilnehmerzahlen haben Änderungen des Arbeitsförderungsrechts wesentlich beigetragen. Im August 1999 wurde in Anpassung an die Beschäftigungs-Leitlinien der EU die Teilnahme an SAM in privaten Unternehmen eng eingegrenzt auf bestimmte Personengruppen wie jüngere Arbeitslose

für Qualifizierungs-ABM und außerbetriebliche Ausbildung eingeschränkt. Offenbar mangelt es nun aber an geeigneten Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Wegen möglicher Überschneidungen zwischen Maßnahmen der allgemeinen Arbeitsmarktförderung und des Sofortprogramms wird überlegt, letzteres in das Sozialgesetzbuch III<sup>1</sup> einzubauen.

Nach wie vor gibt es deutliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland in der Bedeutung der Arbeitsmarktpolitik und in der Entwicklung der Teilnehmerzahlen. In Westdeutschland, wo die Zahl der in solchen Maßnahmen Beschäftigten deutlich niedriger als im Osten ist, war – gefördert durch die günstigere Konjunktur – insbesondere die Zahl der Kurzarbeiter rückläufig; daneben ging auch die der jungen Erwachsenen im JUMP-Programm zurück. In Ostdeutschland schrumpfte dagegen, nicht zuletzt als Folge der eingeschränkten Vergabemöglichkeiten, vor allem die Teilnehmerzahl bei SAM in privaten Unternehmen erheblich (vgl. Schaubild); vermutlich kam es auch zu „Umschichtungen“ zu ABM und Fortbildungsmaßnahmen. In den neuen Bundesländern hat die ak-

## Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

Teilnehmer in 1000



<sup>1</sup> Struktur Anpassungsmaßnahmen. <sup>2</sup> Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, IAB.

ohne Ausbildungsabschluss, Langzeitarbeitslose und ältere Arbeitsuchende. Auch im JUMP-Programm, das Anfang 1999 – ebenfalls in Anlehnung an die Leitlinien der EU – begonnen worden war, trugen Änderungen zu einem Rückgang der Teilnehmerzahl bei. Seit Ende 1999 wird hier eine stärkere Betonung auf eine Arbeitsaufnahme mittels Lohnkostenzuschuss oder einen mit einer Prämie geförderten Übergang von einer außerbetrieblichen in eine betriebliche Ausbildung gelegt; zugleich wurden die Möglichkeiten

aktive Arbeitsmarktpolitik weiterhin große Bedeutung. Schätzungsweise 8 1/2% der Erwerbspersonen waren dort zur Jahresmitte 2000 in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik; im Westen waren es nur reichlich 2%. Im Hinblick auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit – die Arbeitslosenquote junger Erwachsener unter 25 Jahren ist in den neuen Bundesländern mit 18,3% weiterhin mehr als doppelt so hoch wie in den alten (7,8%) – wurde im JUMP-Programm ein Schwerpunkt auf Ostdeutschland gelegt; mehr als 40% der Mittel sind in diesem Jahr für die Förderung dort vorgesehen.

<sup>1</sup> Das SGB III ersetzt seit 1998 das Arbeitsförderungsgesetz.

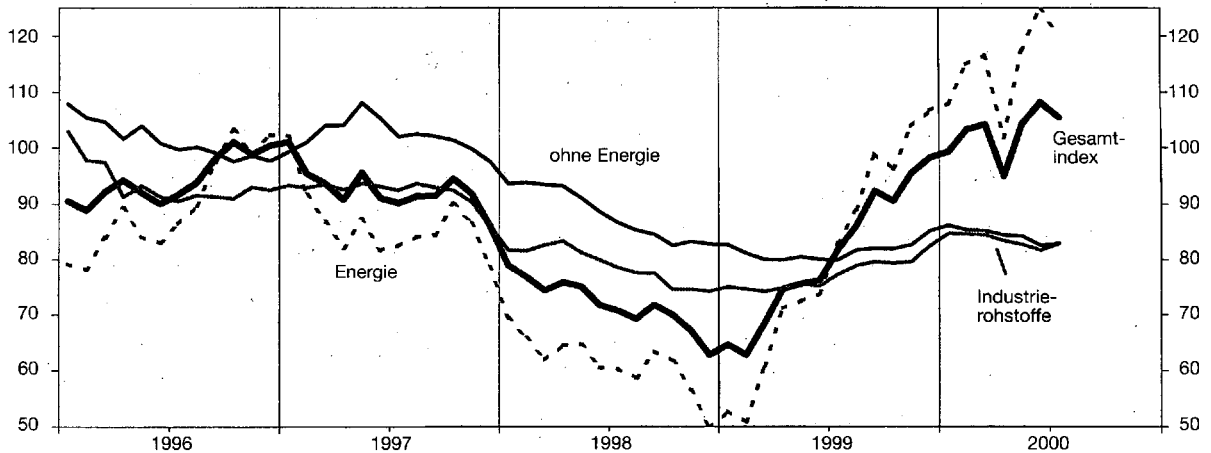
Ein Maß für den Erfolg arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen wäre die Beschäftigungsquote, d.h. der Anteil der Teilnehmer, die nach Ende der Maßnahme eine Arbeits- oder Ausbildungsstelle im „ersten Arbeitsmarkt“ finden. Veröffentlicht wird bisher jedoch nur die Verbleibsquote, definiert als Anteil der Teilnehmer, die sechs Monate nach Maßnahmeende nicht mehr als arbeitslos gemeldet sind. Diese enthält aber auch Personen, die in andere Maßnahmen übergewechselt sind, und solche, die sich entmutigt vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben; die Verbleibsquote müsste deshalb merklich höher sein als die Beschäftigungsquote und den Erfolg überzeichnen. Hohe Verbleibsquoten ermittelte die Bundesanstalt für Arbeit im Jahr 1999 mit 90 bzw. 80% beim Überbrückungsgeld für Existenzgründer und bei Eingliederungszuschüssen, die allerdings quantitativ nur geringe Bedeutung haben. Weniger erfolgreich waren danach Fortbildungen mit Verbleibsquoten von 70%, SAM mit knapp 65% und insbesondere ABM mit 40%. In Ostdeutschland

lagen die Verbleibsquoten dabei unter dem Bundesdurchschnitt, bei Fortbildungsmaßnahmen unter 60%, bei ABM unter 40%.

Alles in allem wird die Zahl der Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in diesem Jahr spürbar zurückgehen; im Jahresdurchschnitt wird sie schätzungsweise 1,4 Mill. betragen und damit um rund 150 000 niedriger sein als 1999. Für 2001 ist, bei ähnlichem Umfang der bereitgestellten Mittel wie in diesem Jahr, mit einer weiteren leichten Abnahme zu rechnen. Der Rückgang wird dabei in Ostdeutschland weiterhin ausgeprägter als im Westen sein, auch weil es offenbar immer schwerer fällt, adäquate Förderobjekte bzw. -möglichkeiten zu finden. Gleichwohl wird die aktive Arbeitsmarktpolitik für den Arbeitsmarkt in Ostdeutschland noch geraume Zeit von erheblicher Bedeutung bleiben.

Ingeborg Sperling, Tel. 040/42834-317  
sperling@hwwa.de

**HWWA-Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe**



1990 = 100, auf US-Dollar-Basis.

HWWA-Index mit Untergruppen*	1999	Jan. 00	Feb. 00	März 00	April 00	Mai 00	Juni 00	Juli 00
Gesamtindex	80,5 (11,8)	99,3 (53,8)	103,3 (64,6)	104,2 (52,4)	94,9 (27,2)	104,3 (38,0)	108,1 (41,9)	105,4 (28,9)
Gesamtindex, ohne Energie	81,5 (-7,7)	86,2 (4,2)	85,4 (5,2)	85,2 (6,5)	84,4 (5,6)	84,2 (4,6)	82,6 (3,2)	82,9 (3,7)
Nahrungs- und Genußmittel	94,2 (-18,7)	90,5 (-14,2)	87,5 (-12,9)	87,5 (-10,1)	87,6 (-8,1)	88,6 (-7,0)	85,1 (-10,0)	83,0 (-5,6)
Industrierohstoffe	77,2 (-2,2)	84,7 (13,0)	84,6 (13,5)	84,4 (13,9)	83,4 (11,5)	82,7 (9,6)	81,7 (8,8)	82,9 (7,3)
Agrarische Rohstoffe	78,6 (-0,9)	83,4 (7,3)	82,9 (5,9)	83,4 (7,3)	83,8 (8,7)	81,5 (5,1)	80,4 (3,3)	81,7 (4,4)
NE-Metalle	71,9 (1,0)	86,9 (37,0)	86,9 (37,3)	84,6 (33,4)	80,1 (19,2)	82,3 (19,2)	80,9 (20,0)	82,7 (12,6)
Energierohstoffe	79,9 (30,1)	107,8 (104,4)	115,0 (126,5)	116,5 (91,8)	101,7 (43,1)	117,4 (62,1)	124,8 (69,4)	120,1 (44,8)

\* 1990 = 100, auf US-Dollar-Basis, Periodendurchschnitte; in Klammern: prozentuale Änderung gegenüber Vorjahr.

Für Nachfragen: Tel. (0 40) 42834358/320